

Deutschland einig Vaterland – oder wie vor zwanzig Jahren ein Feind Israels von der Landkarte verschwand

von Lothar Klein, Vorsitzender der Sächsischen Israelfreunde e. V., 3. Oktober 2010

Die Teilung Deutschlands nach 1945 war unzweifelhaft eine Folge der national-sozialistischen Barbarei und insbesondere des Massenmordes am europäischen Judentum. Allerdings war es nicht das Verdienst der Westdeutschen, dass sie die demokratischen Besatzer hatten, während in diesem Teil Deutschlands die sowjetische Besatzungsmacht die kommunistische Gewaltherrschaft installierte. Dies brachte nicht nur die erneute Verfolgung politisch Andersdenkender mit sich, sondern – trotz der mehr und mehr zutage getretenen Erkenntnisse über das Ausmaß des Holocaust – auch erneuten Antisemitismus.

Während der DDR-Bevölkerung unter Führung der SED der staatlich verordnete „Antifaschismus“ als Legitimationsmythos für die zweite sozialistische Diktatur auf deutschem Boden vermittelt wurde, machten auch in der DDR ehemalige Nazis Karriere:

Allein fünf der 16 leitenden NVA-Generäle (31 Prozent) hatten in der Wehrmacht gedient. Zum Beispiel der Chef des Hauptstabes Generalleutnant Vincenz Müller. Bevor er Adolf Hitler diente, war er Adjutant von General Kurt von Schleicher, Hitlers Vorgänger als Reichskanzler. Müllers Stellvertreter, Generalmajor Bernhard Bechler, war Ex-Wehrmachtsoffizier. Er war im NS-Hauptquartier Wünsdorf tätig. Bechler war Innenminister des Landes Brandenburg in der Sowjetischen Besatzungszone und ab 1952 Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei, sowie stellvertretender Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee. Nach seiner Aussonderung unterrichtete er bis zu seiner Pensionierung 1971 an der Militärakademie in Dresden und wurde mit dem Vaterländischen Verdienstorden der DDR in Gold belohnt.

Der Kommandeur der NVA-Panzertruppen, Generalmajor Arno von Lensky, hatte als ehrenamtlicher Beisitzer beim III. Senat von Roland Freislers berüchtigtem NS-Volksgeschichtshof an 20 Todes- und Terrorurteilen gegen deutsche, polnische und niederländische Bürger mitgewirkt. Lenskys braune Vergangenheit vergoldete die DDR-Führung mit dem Verdienstorden und mit der „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus“.

Laut Stasi-Statistik stammte jeder vierte Oberst im Ministerium für Nationale Verteidigung aus der Wehrmacht. In der „Verwaltung Ausbildung“ hatten 60 Prozent der leitenden Offiziere von Braun auf Rot umgeschaltet; in den Nachrichtentruppen ortete man 45 Prozent Wehrmachtsoffiziere; jeder dritte NVA-Fliegeroffizier kam aus Hermann Görings Luftwaffe. Auch ein Drittel der 15 NVA-Bezirkskommandeure hatte schon unter Hitler gedient, ebenso 75 Prozent der leitenden Offiziere der Seestreitkräfte. Denen gehörte auch Admiral Hoffmann an – der „Volkssoldat“ mit den angeblich antifaschistischen Idealen.

Ähnlich sah es in nichtmilitärischen Führungspositionen aus: Zum Beispiel Gerhard Kegel, von 1934–1945 NSdAP-Mitglied; 1941 durch Hitler zum Legationssekretär im Auswärtigen Amt befördert und laut Simon Wiesenthal, dem Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, hat er für die Gestapo gearbeitet. Ab 1946 war Kegel SED-Mitglied, 1950/51 stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, das häufig durch besondere Hetze gegen Israel und den Zionismus in Erscheinung getreten ist, 1967–1971 Kandidat des ZK der SED, 1973–1976 Botschafter der DDR beim Sitz der UN in Genf.

Auch der frühere DDR-Botschafter in Chile, Friedel Trappen, der anschließend stellvertretender Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im SED-Zentralkomitee war, gehörte von 1942-45 der NSdAP an. Hans-Jürgen Weitz, ab 1981 DDR-Botschafter in Ägypten, vorher im Irak und in Kuwait, der zeitweise auch führende Funktionen im DDR-Außenministerium innehatte, war von 1942-45 Mitglied der Nazi-Partei und sogar der SS. Herbert Weiz, ab 1958 Mitglied des ZK der SED und ab 1967 immerhin stellvertretender Vorsitzender des DDR-Ministerrates, wechselte 1945 von der NSdAP zur KPD und wurde somit 1946 SED-Mitglied. Dies sind nur einige Beispiele von vielen, wie ehemalige Nazis im SED-Regime Karriere in Partei-, Minister- und anderen Staatsämtern machten.

So hat Simon Wiesenthal beispielsweise nachgewiesen, dass 39 ehemalige National-Sozialisten in Presse und Rundfunk der DDR untergeschlüpft sind. Ihr Parteibuch hat gewechselt, nicht die

Sprache, wie das „Neue Deutschland und die „Junge Welt“ belegen. Alle moralische Entrüstung der SED-Presse über die westdeutschen Nazis entpuppt sich als Heuchelei. Ein Beispiel sind die Kommentare des Zentralorgans der SED, des „Neues Deutschland“, zum „Prager Frühling“ 1968 in der ČSSR. War es schon beschämend genug, dass 30 Jahre nach dem Münchener Abkommen von 1938 wieder deutsche Soldaten an der Unterdrückung des kleinen Nachbarn beteiligt waren, so trieben die Ostberliner Redakteure die peinlichen Parallelen noch weiter, als sie die hanebüchene Überschrift erfanden: „Der Zionismus herrscht in Prag.“ Im „Völkischen Beobachter“ hieß es 30 Jahre vorher: „Die Juden herrschen in Prag.“

Derart Verschwörungstheorien lehnen sich an alte jüdenfeindliche Mythen an, auf die man gern auch nach dem Holocaust zurückgreift, wenn es der Durchsetzung der kommunistischen Gewalt-herrschaft nutzt.

1948-54 kam es in den Ostblockstaaten zu den sogenannten stalinistischen Säuberungen der dortigen kommunistischen Parteien. Am 11. Februar 1952 begann in Prag der Prozess gegen den jüdischen KP-Funktionär Rudolf Slansky und seine Freunde wegen „Agententätigkeit für den Zionismus“. Dieser größte Schauprozess der tschechischen Nachkriegszeit führte zur Hinrichtung zahlreicher Juden, die hohe Stellungen innehatte. Die sowjetische Führung benutzte den Vorwand einer zionistischen Verschwörung, um die unbequemen Genossen auszuschalten. Der Prozess zog noch zahlreiche Verurteilungen in den folgenden Jahren nach sich. Dabei hatte der junge tschechische Staat zunächst eine freundliche Politik gegenüber dem neugegründeten Israel eingeschlagen. Die Tschechoslowakei war der wichtigste Waffenlieferant für den neuen jüdischen Staat, der gegen fünf arabische Armeen kämpfte. Außerdem wurden die Piloten der israelischen Luftwaffe hier ausgebildet. Diese Beziehungen wurden jedoch nach einer sowjetischen Kampagne abgebrochen. Unter dem Druck des „großen Bruders“ in Moskau bekam der Antisemitismus eine neue Ausprägung und verwandelte sich in „Antizionismus“. Der ehemalige Landesrabbiner von Baden-Württemberg, Joel Berger, sagte mir vor einigen Jahren bei einem Seminar in der Botschaft Israels in Berlin: „Wenn es darauf ankam, haben uns die Kommunisten doch auch nur in den Arsch getreten!“

In der Sowjetunion landeten Juden, die Aliyah nach Erez Israel machen wollten, im Strafarbeitslager. Der bekannteste Fall ist der des „Zionshäftlings“ Anatoli Sharansky. Nachdem sein Gesuch um eine Ausreise nach Israel 1973 verweigert wurde, arbeitete er als Dolmetscher für den dissidenten Physiker Andrej Sacharow. Daneben wurde er Aktivist für Menschenrechte und war einer der Gründer und Sprecher der „Refusnik“-Bewegung in der Sowjetunion. Im März 1977 wurde er verhaftet. Nach einer Anklage auf Hochverrat und Spionage zugunsten der USA wurde er im Juli 1978 zu 13 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach 16 Monaten im Moskauer Lefortowo-Gefängnis verbrachte er neun Jahre im sibirischen Gulag Perm 35. Der Prozess von Sharansky und seinen Leidensgefährten in der Sowjetunion weckte das Interesse internationaler Menschenrechtsaktivisten über die Lage der sowjetischen Juden. Am 11. Februar 1986 wurde er auf der Glienicker Brücke zwischen Westberlin und Potsdam gegen im Westen gefasste Ost-Spione ausgetauscht. Er ging nach Israel, änderte seinen Vornamen in Nathan und machte Karriere als Politiker. Am 24. Oktober 2001 besuchte Nathan Sharansky als stellvertretender Ministerpräsidenten Israels Moskau und traf sich mit Präsident Putin. Seit Juni 2009 ist Sharansky Präsident der „Jewish Agency for Israel“.

Auch in der DDR begann eine Jagd auf Zionisten und andere jüdische „Kosmopoliten“. Das gravierendste Beispiel ist das des jüdischen Kommunisten Paul Merker. Nach seiner Flucht aus dem national-sozialistischen Deutschland war er von 1937 bis zum Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich im Juni 1940 in Paris tätig und emigrierte dann nach Mexiko. 1946 kehrte Merker nach Deutschland zurück, wo er Mitglied des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politbüros der SED, Abgeordneter des Brandenburger Landtages, seit 1948 Mitglied des Volksrates und der Provisorischen Volkskammer und 1949-1950 Staatssekretär im DDR-Landwirtschaftsministerium war. 1950 wurde ein Parteiverfahren gegen ihn eröffnet. Er musste vor die Zentrale Parteikontrollkommission der SED treten. Merker vertrat in den 40er Jahren in Mexiko und danach in seinen Artikeln im „Neuen Deutschland“ die Forderung nach einer Entschädigung der von den National-Sozialisten enteigneten jüdischen Vermögen sowie der Gründung eines jüdischen Staates und plädierte für eine Anerkennung der Juden als nationale Minderheit. Während er in den 1940er

Jahren damit keine ungewöhnliche Position vertrat, geriet er mit seiner Haltung Anfang der 50er Jahre in Konflikt mit der von Stalin vorgegebenen Linie. Merker wurde vorgeblich wegen seiner Kontakte zu dem angeblichen Agenten Noel H. Field, aus der SED ausgeschlossen. Danach arbeitete er bis 1952 als Leiter einer Gaststätte in Luckenwalde, bis man ihn im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozess in Prag 1952 verhaftete. Nach mehr als zweijähriger Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen wurde er im März 1955 in einem Geheimprozess als „zionistischer Agent“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Daraufhin verließen viele Juden die DDR Richtung Westen. Bis auf wenige symbolische Aktionen dachte die DDR-Regierung auch nicht daran, Juden ihre einst von den Nazis geraubten Häuser und anderes Eigentum zurückzugeben.

Aber es sollte sich im antifaschistischen Arbeiter- und Bauernstaat noch Schlimmeres ereignen: Im November 1970 kommen drei ehemalige Häftlinge des KZs Sachsenhausen nach Jamlitz im Südosten Brandenburgs. Sie wollen erkunden, ob man dort, wo sich bis 1945 ein Außenlager des KZs befand, eine offizielle Gedenkstätte einrichten kann. Das ist kompliziert, denn Jamlitz ist eigentlich ein Tabu-Ort im DDR-„Antifaschismus“: Hier hatte der sowjetische Geheimdienst NKWD von September 1945 bis April 1947 echte und vermeintliche Nazis eingesperrt – mehr als 3000 starben im „Speziallager Nr. 6“ und wurden anonym verscharrt.

Die drei Abgesandten stoßen auf ein Gerücht unter den wenigen hundert Dorfbewohnern: Angeblich gibt es ein großes Massengrab mit KZ-Opfern, die im Februar 1945 von der SS ermordet wurden. Damit besteht Handlungsbedarf für die DDR-Behörden; also werden die Toten des KZs exhumiert, insgesamt 577 Körper, überwiegend von ermordeten jüdischen Zwangsarbeitern. So weit, so normal im historisch kontaminierten Deutschland.

Was allerdings danach passiert, ist alles andere als normal. Denn ein Mitarbeiter der Ost-Berliner Generalstaatsanwaltschaft verfasst einen Vermerk: „Die Opfer bei Staakow weisen zum Teil viel Zahngold auf. Dieser Faktor darf bei einer Umbettung nicht ganz unbeachtet bleiben.“ Er bleibt nicht unberücksichtigt: Den weitgehend verwesenen Leichen entnehmen Männer der Staatssicherheit insgesamt 1080 Gramm Zahngold, bevor die Leichen entgegen dem jüdischen religiösen Ritus eingeäschert werden. Am 2. Juni 1975 schließlich wird das Gold einer „Abteilung Finanzen“ übergeben, wie ein erhaltenes Stasi-Protokoll beweist.

Ich möchte an der Stelle ein besonders finsternes Kapitel der Unterstützung der Feinde Israels durch das DDR-Regime unter Führung der SED ansprechen, deren „Schild und Schwert“ das Ministerium für Staatssicherheit war und damit die DDR nach heutigem Verständnis zum Schurkenstaat gemacht hat – nämlich die Unterstützung des internationalen Terrorismus! In Ausbildungscamps am Werbellinsee bei Berlin, auf der Insel Rügen, in der libyschen Wüste und auch im Libanon bildeten Stasi-Offiziere die Terroristen der Fatah und Feddajin, aber auch der Roten Armee Fraktion und sogar der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann aus der Bundesrepublik Deutschland aus. Gemäß dem Prinzip „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ war man dabei nicht wählerisch, wie der Fall des ehemaligen Neonazis Odfried Hepp belegt. Der wurde im Libanon ausgebildet und arbeitete auch für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Schließlich war ja auch die Zusammenarbeit und Verbundenheit zwischen arabischen und deutschen Politikern und Terroristen sehr eng. Hier einige Beispiele:

- die Freundschaft Walter Ulbrichts mit dem ägyptischen Präsidenten und Hitler-Verehrer Gamal Abdel Nasser, aber auch mit Syriens Präsident Assad, die in gegenseitigen Besuchen zum Ausdruck kommt
- die Verurteilung von Zionismus als Rassismus in der UN-Vollversammlung vom 10.11.1975 mit der Resolution 3379 unter maßgeblicher Beteiligung des Vertreters der DDR, 37 Jahre und einen Tag nach der Reichspogromnacht
- der herzliche Empfang und die Fürsorge, die Terrorpaten wie Arafat, Carlos und Gaddafi in Ostberlin erfahren dürfen
- die logistische Unterstützung von Terroristen bei Anschlägen wie 1972 in München
- das Gewähren von Unterschlupf für Terroristen aus arabischen Staaten wie dem Drahtzieher des Anschlages auf die israelische Olympiamannschaft von 1972 in München, Abu Doud
- das Entsenden von **DDR-Kampfpiloten der NVA zur Unterstützung Syriens im Yom-Kippur-Krieg von 1973 in der Geheimoperation Aleppo, in der erstmals seit dem Holocaust deutsche Soldaten auf Juden geschossen haben!!!** (Quellen: Meining,

Stefan (6. Oktober 2008). *Geheimoperation Aleppo: Erich Honeckers Krieg gegen Israel*. „report München“)

- das Warten und Reparieren arabischer Kampffjets in der Flugzeugwerft Dresden

Diese Beispiele belegen, dass die SED nach dem Holocaust, nach 1945 die unter den National-Sozialisten begonnene Kollaboration mit, zwischen Hitler und dem Mufti von Jerusalem und dessen Erben in Deutschland fortgesetzt hat – bis heute! Wie ich schon erwähnte, war Yassir Arafat ein gern gesehener Gast Honeckers in der DDR. Doch wer weiß schon, dass sein richtiger Name Rauf al Qudwa al Husseini lautete und er nicht nur der Privatsekretär sondern auch der Neffe des Muftis war?

Die Linke missbraucht die Opfer des Holocaust zur Relegitimierung der zweiten sozialistischen Diktatur, die den National-Sozialisten auf den Fuß folgte, unter Fortführung ihres längst historisch widerlegten antifaschistischen Gründungsmythos. Für diese unverbesserlichen Ideologen sind Terroristen immer noch Freiheitskämpfer. Hier tritt ein Verhaltensmuster zutage, das besonders für linke Antisemiten typisch ist: Über tote Juden vergießt man gern Krokodilstränen. Aber Juden, die sich gegen ihre Feinde verteidigen, will man nicht akzeptieren! Doch da sind Kommunisten nicht die einzigen.

Gegen die Unfreiheit und Verlogenheit des SED-Regimes in der DDR hat sich, wie in vielen ehemaligen Staaten des kommunistischen Ostblocks, die Freiheit Bahn gebrochen. Für uns Deutsche hat das auch die Wiedervereinigung mit sich gebracht, die ich als Abgeordneter der einzigen frei und demokratisch gewählten DDR-Volkskammer mit beschließen durfte. Aber es war auch verständlich, dass einige unserer Nachbarn vor einem größer werdenden Deutschland Angst hatten. Daher verabschiedete diese Volkskammer am 12. April 1990 eine Erklärung an unsere Nachbarländer, in der wir uns zur geschichtlichen Verantwortung des vereinten Deutschland bekannten. Ich bin froh, dass ich als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses an dieser Erklärung mitwirken durfte. Darüber hinaus war mir und einigen anderen sehr wichtig, dass vom ersten demokratisch gewählten DDR-Parlament nach Jahrzehnten der aktiven Feindschaft gegenüber dem Staat der Überlebenden des Holocaust eine deutliche Verurteilung dieser Politik und ein Angebot neuer Beziehungen an Israel ausgeht. Darin heißt es: „Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder.“ Der darauffolgende, gerade Israel betreffende Satz ist im Wesentlichen von mir. **„Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“** Es heißt dann weiter: „Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.“ Vom 25. bis 27. Juni 1990 besuchten Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl gemeinsam Israel, um Ängste vor der Wiedervereinigung abzubauen.

Eine Gruppe von Abgeordneten sammelte auch Unterschriften für die Rücknahme der Zustimmung der DDR zu der Resolution von 1975, welche Zionismus als Rassismus verurteilte. In der Folge hob die UN-Versammlung diese israelfeindliche Erklärung am 16. Dezember 1991 mit der Resolution 46/86 wieder auf. Trotzdem hat die UNO seit 1975 nicht zu einem fairen Umgang mit Israel zurückgefunden, wie über 1000 einseitige Verurteilungen zeigen. Gerade das Messen mit zweierlei Maß entlarvt die Initiatoren als Antisemiten.

Dieses finstere Kapitel deutscher Geschichte war auch für mich Anlass, das, was ich zu DDR-Zeiten seit 1974 mit meinen Freunden in christlichen Versammlungen heimlich getan habe, nämlich den verzerrten, antisemitischen Darstellungen der SED-Propaganda über Israel und den Nahostkonflikt Fakten entgegenzustellen, nun öffentlich zu tun. Und weil dieses zu DDR-Zeiten vermittelte „Feindbild Israel“, das alte und neue Nazis, aber auch eine wachsende Zahl islamischer Antisemiten gern aufgreifen, in vielen Köpfen nachwirkt, ist weiterhin viel zu tun, um neuem Antisemitismus, der sich heute oft als Antizionismus tarnt, entschieden entgegenzutreten.

Die Faktenresistenz und Unfähigkeit linker Antisemiten, aus der Geschichte zu lernen, zeigte sich auch kürzlich wieder im Zusammenhang mit dem Einsatz der Israeli Defense Forces gegen die islamische Blockadebrecherflottille vor der Küste Hamastans. Schon beim Auslaufen der Schiffe in

der Türkei riefen Aktivisten antisemitische Parolen. Als der Funker eines israelischen Marineschiffes den Kapitän der türkischen „Mavi Marmara“ aufforderte, ihm in den israelischen Hafen von Ashdod zu folgen, wo die Hilfsgüter gelöscht und auf dem Landweg nach Gaza transportiert werden können, lautete die Antwort des türkischen Kapitäns: „Halt das Maul, geh zurück nach Auschwitz!“ Für die Bundestagsabgeordneten der Partei „Die Linke“, Annette Groth und Inge Höger sowie den ehemaligen Abgeordneten Norman Paech, die sich an Bord befanden, war das bis heute kein Grund, sich von ihren antisemitischen Freunden zu distanzieren. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere hat die IHH, die Organisator der Blockadebrecherflotte war, inzwischen wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, nämlich der Hamas, konsequenterweise in Deutschland verboten.

Diese und weitere Fakten belegen, dass das SED-Regime ein antisemitischer Staat linker Prägung war, und um es mit Bertold Brecht zu sagen: „... der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“. Nun war die DDR gewiss keine Großmacht wie das Römische Reich, Griechenland unter Alexander dem Großen, den Seltshuken, Spaniern, Osmanen und anderen Imperien, die sich an Juden vergangen haben und darum kurzerhand vergangen sind, aber das Gebilde zwischen Elbe und Oder, zwischen Ostseestrand und Thüringer Wald war immerhin „die größte DDR aller Zeiten“. Noch am 19. Januar 1989 verkündete Erich Honecker in Berlin: „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.“ Zehn Monate später gab es dieses Monster nicht mehr. 14 Monate nach Honeckers Rede wählten die Menschen in diesem Teil Deutschlands – erstmals seit der Machtergreifung des Antisemiten Hitler und seiner Mörderbande – am 18. März 1990 frei und geheim, und zwar mit klarer Mehrheit die Parteien, die die Wiedervereinigung so schnell wie möglich herbeiführen wollten.

Und um das gelegentlich von linken Neosozis verbreitete Märchen von „Anschluss“ der DDR an die Bundesrepublik Lügen zu strafen, darf auf das folgende Ereignis hingewiesen werden: In der Nacht vom 22. zum 23. August stimmte diese einzig demokratisch gewählte Volkskammer mit übergroßer Mehrheit für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung lautete: 294 Ja-Stimmen, 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen. Während SED/PDS-Fraktionschef Gysi sein Bedauern über den Beschluss zu Protokoll gab: „Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen.“, erhoben sich die meisten Abgeordneten von ihren Plätzen und bedachten dieses erreichte Ziel mit Jubel und Beifall. Ich bin dankbar, dass ich bei diesem historischen Ereignis dabei sein und es mitgestalten durfte.

Damit hörte in der Tat ein langjähriger Feind Israels auf zu existieren – einer unter vielen vor und sicher auch nach ihm. Dies sollte allen derzeitigen Antisemiten zu denken geben!